

PRESSEUNTERLAGE

uniko-Pressekonferenz

am 20. Mai 2026

MedUni Wien, Spitalgasse 23, 1090 Wien

Rektoratssaal

Gesprächspartner:innen:

uniko-Präsidentin **Brigitte Hütter**, Rektorin der Kunstuniversität Linz

uniko-Vizepräsident **Markus Müller**, Rektor der MedUni Wien

Sebastian Schütze, Rektor der Universität Wien

Jens Schneider, Rektor der Technischen Universität Wien

Angekündigte Budgetkürzungen und deren Auswirkungen

Die Bundesregierung hat uns informiert, dass sie eine Kürzung der Universitätsbudgets plant. Die Kürzung soll in einer bisher beispiellosen Form erfolgen, nämlich nicht nur durch ein Einfrieren des derzeitigen Budgets und eine Nicht-Abgeltung von Kostensteigerungen. Es soll eine volle Milliarde vom derzeitigen Budget gekürzt werden.

Die Ausgangslage der laufenden Leistungsvereinbarungsperiode 2025 - 2027 sind 16,5 Milliarden inklusive Ärzt:innengehälter an den Universitätskliniken. Die Universitäten hatten moderat auf Basis der WIFO-Prognosen errechnet, dass es in der kommenden LV 2028-2030 einen Bedarf von 18 Milliarden gibt, nur um Kostensteigerungen abzufangen. Wir hatten auf Rücksicht auf die ernste Lage des Bundeshaushalts auf Offensivforderungen verzichtet.

Die Antwort der Bundesregierung ist, die Universitätenfinanzierung auf 15,5 Milliarden zu kürzen. Das bedeutet ein Minus von sechs Prozent gegenüber der Ausgangsbasis und **ein Minus von 2,5 Milliarden oder 13,9 Prozent gegenüber dem tatsächlichen Finanzierungsbedarf**.

Die Regierung will im Doppelbudget 27/28 2,5 Milliarden Euro einsparen. Im Vergleich dazu ist die Einsparung bei den Universitäten von 2,5 Milliarden in drei Jahren absolut unverhältnismäßig. Der Anteil der Universitäten am Gesamtbudget beträgt vier Prozent, an den Universitäten entfalten Kürzungen in dieser Größenordnung verheerende Wirkung.

„Das ist ein Offenbarungseid, welchen Stellenwert diese Bundesregierung den Universitäten einräumt“, sagt uniko-Präsidentin Brigitte Hütter. Es sei „ernüchternd“ und „enttäuschend“ gerade von dieser Regierung mit einem derartigen Vertrauensbruch konfrontiert zu werden. „Sie hat

sich als safe haven für Wissenschaftler:innen präsentiert, die vor Trump fliehen. Nun ist sie nicht einmal für die heimischen Unis ein sicherer Hafen.“

Wie in der Wirtschaft sind gerade auch in der Wissenschaft Verlässlichkeit und langfristige Finanzierungen Voraussetzungen für Erfolg. Deswegen spielt auch die Planungssicherheit im Universitätsgesetz eine große Rolle. Das UG, die Autonomie der Universitäten, sind eine Erfolgsgeschichte, um die uns viele in Europa beneiden. Für den bisherigen Erfolgsweg sind die geplanten Kürzungen ein mehr als herber Schlag und es wird lange dauern, sich davon zu erholen.

Und ein Wort noch zu Europa: Dort versucht man gerade, das Budget für Wissenschaft und Forschung zu verdoppeln, jedenfalls massiv zu erhöhen (von knapp 100 auf mindestens 175 Milliarden), um wettbewerbsfähig zu bleiben. Der uniko wurde im Zuge der Budgetinformation wortwörtlich mitgeteilt: „Wissenschaft und Forschung sind keine Schwerpunkte dieser Bundesregierung.“

Hütter: „Wenn das wirklich so ist, kann ich dazu nur sagen: Dann sind Investitionen in die Zukunft, dann sind die Ausbildung von Fachkräften, die Wettbewerbsfähigkeit und die Innovationskraft des Landes sowie die Forschung zur Lösung von drängenden Problemen wie dem Klimawandel keine Schwerpunkte dieser Bundesregierung.“

Die Expertinnen und Experten in den Universitäten haben sich am Dienstag mit den Kürzungsplänen der Bundesregierung auseinandergesetzt und errechnet, was sie bedeuten.

2,5 Milliarden Fehlbetrag in der LV 28/30 bedeutet **durchschnittlich 800 Millionen Fehlbetrag pro Jahr**.

Ein paar Vergleichswerte:

- Studienbeiträge aller Universitäten: knapp 60 Mio. (2024)
- Drittmittel aller Universitäten: rd. 1 Mrd. (2024)
- Personalaufwand aller Universitäten (inkl. Drittmittel): rd. 4 Mrd. (2024)

Die Finanzierungslücke trifft wissenschaftlichen Nachwuchs und Personal

700 Mio. € im Jahr bedeuten eine Kürzung um rund 20 Prozent des Personals, damit kann **jede fünfte Person nicht mehr beschäftigt werden**.

Frage an die Politik: Wie sollen Lohnrunden künftig bezahlt werden? Durch Kompensationskündigungen? Und wie sollen die geforderten Entfristungen von JungwissenschaftlerInnen möglich werden?

Auswirkung auf die Studienqualität

Die Betreuungsverhältnisse zwischen Lehrenden und Studierenden sind eine Grundvoraussetzung guter Studienqualität und werden auch in einigen wichtigen Rankings bewertet. Bezogen auf „Professor:innen und Äquivalente“ würde die geplante Budgetkürzung eine Reduktion von insgesamt 1000 Vollzeitarbeitsplätzen bedeuten. Das Betreuungsverhältnis würde dadurch von derzeit 1:34 auf 1:42 steigen. Das würde die Ziele des Wissenschaftsministeriums im österreichischen Hochschulplan 2030 konterkarieren, dort ist ein Zielwert von 1:35 vorgegeben.

Die Finanzierungslücke trifft den Arbeitsmarkt

Verlängert sich die Studiendauer um ein zusätzliches Jahr, hat das weitreichende Folgen für den Arbeitsmarkt und die wirtschaftliche Wertschöpfung. Absolvent:innen treten dadurch später in den Arbeitsmarkt ein, wodurch Fachkräfte fehlen.

Allein im Wintersemester 2025 betrifft dies knapp 40.000 Absolvent:innen (= 40.000 Lebensjahre(!)), die infolge der Studienverlängerung erst ein Jahr später dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen würden.

Verlust der Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft

Eine faktische Kürzung um 14 % gegenüber dem inflationsbedingt erforderlichen Budget trifft nicht nur die Universitäten – sie trifft die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs als Technologie- und Wirtschaftsstandort im Kern. Weniger Absolvent:innen aus den Universitäten – genau wenn Wirtschaft und Forschung mehr brauchen, nicht weniger. Vor allem in neuen Technologien wie KI oder Cybersecurity.

Kollaps der universitätsmedizinischen Versorgung

Die vier Universitätskliniken Wien, Graz, Linz und Innsbruck stellen das Rückgrat der spitzenmedizinischen Versorgung in Österreich dar und sind in vielen Fällen die einzige und letzte Anlaufstelle für schwere und spezielle Erkrankungen. Das Universitätsklinikum AKH Wien leistet aktuell etwa 1/3 der Versorgungsleistung in Wien. Darüber hinaus werden ein Großteil der österreichischen Fachärzt:innen und Medizinabsolvent:innen an den vier Unikliniken ausgebildet. Einsparungen in der von der Regierung geplanten Größe hätten einen Kollaps der universitätsmedizinischen Versorgung und einen massiven Abbau von Ärzt:innen in Österreich zu Folge.